



MUSTERREDE (III)

Die zweite Direktwahl am 17. Juni:

Entscheidung über Europas Zukunft

Am 17. Juni 1984 wird das Europäische Parlament gewählt. Diese Direktwahl ist das herausragende europäische Ereignis dieses Jahres. Die freie Wahl einer gemeinsamen Volksvertretung für 270 Millionen Bürger aus zehn Ländern ist ohne Beispiel in der Welt. Sie muß ein weiterer Schritt auf dem Weg zum vereinten Europa werden.

Am 17. Juni kommt es auf jede Stimme an. Jede Stimme bei der Wahl ist eine Stimme für Europa. Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt das Europäische Parlament. Bei der Europawahl kommt es auch darauf an, die CDU zu stärken. Wir europäischen Christlichen Demokraten — zusammengeschlossen in der Europäischen Volkspartei — müssen auch im kommenden Europäischen Parlament stark vertreten sein, weil nur wir Freiheit, Partnerschaft, Frieden und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern.

Das Europäische Parlament leistet gute Arbeit

Das direkt gewählte Europäische Parlament hat nach seiner ersten Wahlperiode eine gute Bilanz vorzuweisen — trotz geringer Befugnisse und schwieriger Bedingungen: Immerhin müssen sich hier 434 Abgeordnete aus zehn Ländern und 58 Parteien in sieben Sprachen einigen. Dennoch hat sich das Europäische Parlament als einigende Kraft erwiesen und wichtige Erfolge erzielt:

— Es hat gegen den Widerstand nationaler Regierungen Fortschritte in der gemeinsamen Forschungs-, Verkehrs-, Energie- und Entwicklungspolitik erreicht.

— Insbesondere haben das Europäische Parlament und sein Haushaltskontrollausschuß gemeinsam mit dem europäischen Rechnungshof dafür gesorgt, daß die europäischen Gelder sparsamer

Erfolgsbilanz

ausgegeben werden. Dadurch hat das Parlament den europäischen Steuerzahlern mehrere hundert Millionen Mark erspart.

— Dem Parlament ist auch zu verdanken, daß der Anteil der Agrarausgaben am europäischen Haushalt um etwa 10 Prozent gesenkt werden konnte.

— Mit maßgeblicher Unterstützung der Christlichen Demokraten hat das Europäische Parlament vor wenigen Monaten einen Vertragsentwurf zur Gründung der Europäischen Union verabschiedet, der eine konkrete Grundlage für die weitere politische und wirtschaftliche Einigung Europas bietet.

Kritik

Trotz dieser Erfolge des Europäischen Parlaments gibt es viel Kritik an Europa, teilweise sogar Pessimismus. Zweifellos ist die Europa-Euphorie der ersten Nachkriegsjahre vorbei.

Damals haben junge Deutsche und Franzosen die Grenzpfähle niedrigerissen und geglaubt, damit sei alles Trennende beseitigt und das vereinte Europa schon fast geschaffen. Heute wissen wir: So einfach geht es nicht. Was jahrhundertelang getrennt war, kann man nicht über Nacht und auch nicht in einer einzigen Generation zusammenfügen.

Mit der europäischen Einigung ist es wie mit der Geschichte von den drei Steinmetzen. Drei Steinmetze wurden gefragt, was sie arbeiten. Der erste sagt: „Ich behaue einen Stein.“ Der zweite antwortete: „Ich schaffe eine Rosette“, und der dritte sagte: „Ich bau mit an einem Dom.“ Und wir sagen, wenn wir gefragt werden: Wir arbeiten mit an der Einigung Europas.

Die Agrar- und Finanzprobleme müssen gelöst werden

Probleme

Die EG steht heute vor zwei großen Problemen: Der gemeinsame Agrarmarkt ist teilweise aus den Fugen geraten, und bei der Finanzierung der Gemeinschaft herrscht noch immer Streit zwischen den Mitgliedsländern. Das Agrarproblem betraf vor allem die Frage der Überschußproduktion in der Landwirtschaft und die Grenzausgleichsbeträge für Agrarprodukte. Wir mußten in der Frage der Agrarüberschüsse zu einer Begrenzung kommen. Und wir waren bereit, in der Frage des deutsch-französischen Grenzausgleichs Lasten auf uns zu nehmen. Denn nur eine langfristige Reform des EG-Agrarmarktes konnte seine Finanzierung auch in Zukunft sichern.

Dafür müssen auch unsere Bauern Verständnis aufbringen. Aber ei-

Verständnis
für die Bauern

Erfolge des
Agrarmarktes

Tatenlose
SPD-
Regierung

Stuttgarter
EG-Gipfel

Europa lohnt
sich für uns

nes ist für uns ganz selbstverständlich: **Die Fehlentwicklung des EG-Agrarmarktes ist nicht unseren Bauern anzulasten. Sie dürfen nicht zu Prügelknaben für eine fehlgeleitete Politik der Europäischen Gemeinschaft gemacht werden.** Es ist unsere Pflicht als Solidargemeinschaft, daß wir unsere Bauern nicht die Last alleine tragen lassen. **Deshalb werden die notwendigen Kosten unseres Beitrags für eine langfristige Sanierung des EG-Agrarmarktes durch den Bundeshaushalt aufgebracht.**

Heute ist es Mode geworden, den EG-Agrarmarkt zu kritisieren. Wir dürfen aber nicht vergessen: Er hat uns allen in Deutschland und in Europa viel gebracht. Die Selbstversorgung der EG mit Agrarprodukten ist heute in fast allen Bereichen zu 100 Prozent sichergestellt. Die Ernährung der europäischen Bevölkerung zu angemessenen Preisen ist uneingeschränkt gesichert. **Und seien wir ehrlich: Es ist besser für die Verbraucher, wenn die Regierungen Überschußprobleme haben, als wenn die Bevölkerung Mangel leidet.** Außerdem: Die deutsche Landwirtschaft ist auch durch die EG zum viertgrößten Agrarexporteur der Welt aufgestiegen.

Im übrigen muß auch einmal deutlich gesagt werden: Die Hauptursache für die großen Schwierigkeiten, die es jetzt mit dem Agrarmarkt gab, lag daran, daß die früheren Regierungen den immer weiter ansteigenden Agrarausgaben viel zu lange tatenlos zusahen. Hätte die SPD-geführte Bundesregierung bereits in den siebziger Jahren auf eine Reform gedrängt, gäbe es heute nicht die hohen Überschüsse. Heute müssen wir die Untätigkeit der Sozialdemokraten in den letzten Jahren teuer bezahlen. **Bundeskanzler Helmut Kohl hat dagegen gezeigt, wie man erfolgreich Europapolitik macht.** Gleich nach seiner Amtübernahme im Oktober 1982 hat er die schwierigen Agrarprobleme der EG angepackt.

Bereits auf dem Stuttgarter EG-Gipfel im Juni 1983 schaffte Bundeskanzler Helmut Kohl die Voraussetzungen für eine Lösung des Problems: Er schnürte alle anstehenden Agrar-, Finanz- und Beitrittsfragen zu einem Paket. Auf dieser Grundlage konnte die Bundesregierung ihre Auffassung durchsetzen, daß die Haushaltsmittel der EG nur so weit erhöht werden, wie zur Finanzierung neuer Aufgaben unbedingt erforderlich sind. Deshalb wird der Mehrwertsteueranteil der EG erst 1986 auf 1,4 Prozent erhöht, wenn dieses durch den Beitritt von Spanien und Portugal zum 1. Januar 1986 erforderlich wird.

Nun sagen manche: Deutschland ist der Zahlmeister Europas. Diese Behauptung ist nicht nur falsch; sie ist auch gefährlich, denn sie führt unser Land weg von unseren Partnern im freien Europa. Die Zahlen

Ein Frühstücksei pro Kopf und Tag

beweisen, daß sich Europa für uns Deutsche auch finanziell lohnt. Zu nächst einmal: Die Bundesrepublik Deutschland zahlt keinen Pfennig an die EG. Es gibt keinen Titel für die Europäische Gemeinschaft im Bundeshaushalt. Die EG finanziert sich ausschließlich aus Eigeneinnahmen, und zwar aus Zöllen, die im Handel mit den USA, Australien, Indien und anderen Drittstaaten anfallen, aus sogenannten Abschöpfungen für Agrarimporte aus Drittländern und aus einem Anteil von bis zu 1 Prozent der Mehrwertsteuer, die in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft anfällt.

Diese Einnahmen werden nahezu vollständig wieder in den Mitgliedsländern, also auch in Deutschland ausgegeben. Unter dem Strich fließen 1981 auf diese Weise aus Deutschland lediglich 5,7 Milliarden Mark mehr an die EG, als von dort zu uns zurückkamen. Das sind umgerechnet 98 Mark pro Kopf der Bevölkerung oder gerade 27 Pfennig pro Tag. Das ist nicht mehr, als ein Frühstücksei kostet. Allein die Deutsche Bundesbahn erhält Jahr für Jahr nahezu den dreifachen Geldbetrag aus dem Bundeshaushalt. Im übrigen beträgt der jährliche Etat der EG lediglich soviel wie der Haushalt des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, nämlich 57 Milliarden Mark. Nur: In Nordrhein-Westfalen leben 17 Millionen Menschen, in der EG 271 Millionen, also sechzehnmal so viele.

Europa lohnt sich für uns

Europa sichert Arbeitsplätze

Den Kosten der Europäischen Gemeinschaft stehen große politische und wirtschaftliche Vorteile gegenüber: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein rohstoffarmes, exportabhängiges Industrieland. Fast jeder dritte deutsche Arbeitsplatz hängt vom Export ab. Ohne sichere Exportmärkte gibt es bei uns keine sicheren Arbeitsplätze. Europa bietet uns diesen Markt. Die Gemeinschaft ist ein Binnenmarkt von 271 Millionen Verbrauchern. Der Export in die EG-Länder hat Wirtschaftswachstum und Wohlstand in Deutschland entscheidend gefördert und Millionen Arbeitsplätze gesichert. Unser Handel mit den Ländern der EG ist seit 1958 um mehr als das Fünfundzwanzigfache gestiegen. Das ist doppelt soviel wie die Ausfuhr in alle übrigen Länder. Allein durch den Export von Industriegütern (Maschinen, Fertigwaren, Chemieprodukte) erzielte die Bundesrepublik Deutschland in der EG 1981 einen Handelsüberschuß von mehr als 23 Milliarden Mark, das sind 390 Mark pro Kopf. Selbst die Niederlande oder Belgien/Luxemburg rangieren in unserer Handelsbilanz noch vor den USA.

Darüber hinaus hat der EG-Sozialfonds 1981 300 000 Ausbildungsplätze und 140 000 Arbeitsplätze für Jugendliche geschaffen. 1983

wurden die Mittel für diesen Zweck sogar verdreifacht. Wir Christlichen Demokraten stimmen Bundeskanzler Helmut Kohl zu, wenn er sagt: „Jede Deutsche Mark ist in Europa vernünftig investiert; sie ist eine Abschlagszahlung für die freiheitliche Zukunft der Deutschen.“ Denn auch gewichtige politische Gründe beweisen, daß sich Europa für uns Deutsche lohnt.

**Europa schafft
Völkerfreundschaft**

Heute gibt es Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich. Aus Erbfeinden wurden Freunde. Über 1000 deutsch-französische Städtepartnerschaften haben in den letzten 20 Jahren über eine Million Deutsche und Franzosen zusammengebracht. Ein Krieg zwischen unseren Völkern ist heute unmöglich. Die deutsch-französische Freundschaft ist zur Keimzelle der europäischen Einigung geworden.

Dies ist eine historische Leistung, auf die wir Christliche Demokraten stolz sind. Das vom französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer 1963 geschaffene Deutsch-Französische Jugendwerk hat maßgeblichen Anteil an der Aussöhnung zwischen den beiden Völkern: In den 20 Jahren seines Bestehens haben vier Millionen junge Deutsche und Franzosen an mehr als 90 000 Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich teilgenommen. Allein 1983 waren es etwa 130 000.

Europapolitik ist Friedenspolitik

Christliche Demokraten haben nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Leid und Zerstörung mit dem Friedenswerk der Einigung Europas begonnen. Konrad Adenauer formulierte bereits wenige Monate nach dem Zweiten Weltkrieg: „Ich hoffe, daß in nicht zu ferner Zukunft die ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ geschaffen werden und daß dann Europa, dieser so oft von Kriegen durchtobte Erdteil, die Segnungen eines Dauerfriedens genießen wird.“

Europa sichert Frieden

Heute können wir auf vierzig Jahre Frieden in Europa zurückblicken. Das ist nicht selbstverständlich in einem Kontinent, in dessen Geschichte Perioden des Friedens kürzer waren als die Perioden kriegerischer Auseinandersetzungen. Vierzig Jahre Frieden in Westeuropa: Das ist nicht selbstverständlich in einer Welt voller Krisen. Seit 1945 hat es in der Welt über 150 Kriege und Bürgerkriege mit 35 Millionen Toten gegeben; im freien Teil Europas war Frieden.

Der alte Traum von einem einigen, friedvollen Europa ohne Not und Kriege ist Wirklichkeit geworden. Wir haben die Entscheidung für Europa in den fünfziger Jahren gegen den Widerstand der Sozialdemokraten durchgesetzt. Wir stehen auch heute geschlossen zu Euro-

*SPD als
Bremser*

pa. Die europäischen Sozialisten dagegen sind über Europa zutiefst zerstritten. Die britischen Sozialisten lehnen die Europäische Gemeinschaft entschieden ab, die dänischen und griechischen Sozialisten blockieren wichtige Fortschritte in Europa, und die SPD steht der EG nur halbherzig gegenüber.

Die SPD-Spitzenkandidatin Frau Focke verweigerte einem Antrag im Europa-Parlament die Zustimmung, der die Fortentwicklung der EG zur Europäischen Union zum Ziel hat. **Willy Brandt** erklärte am 15. Februar 1984 in der französischen Tageszeitung „La Croix“, er sei bereits 1979 gegen die **Direktwahl des Parlaments durch die Bürger** gewesen. Damit zeigen die Sozialisten vor allem, daß ihnen ein eigenes Leitbild für Europa fehlt, daß sie keine politischen Alternativen anzubieten haben. Dafür werden ihnen am 17. Juni die Wähler, wie bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg, mit dem Wahlzettel die Quittung geben. Am 17. Juni geht es um Europa. Es geht darum, ob wir den Frieden und die Verständigung zwischen den Völkern in Europa bewahren und weiter ausbauen können.

Die wirtschaftlich-technologische Herausforderung der Zukunft meistern

*Gefahren für
die Wettbe-
werbsfähigkeit*

Das ist die eine Frage, um die es am 17. Juni geht — die andere Frage ist: Werden wir die große wirtschaftlich-technologische Herausforderung der Zukunft bestehen? Werden Deutschland und Europa weltweit wettbewerbsfähig bleiben? Es geht um den richtigen Weg in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wir stehen in Deutschland und Europa vor einer großen weltweiten wirtschaftlich-technologischen Herausforderung. Heute ist die EG eine der wichtigsten Wirtschaftsmächte in der Welt. Mit einem Anteil von knapp sieben Prozent der Weltbevölkerung hat die EG 1981 insgesamt 23,5 Prozent des Weltsozialprodukts erwirtschaftet und fast ein Viertel des Welthandels abgewickelt. Niemand garantiert uns aber, daß dies auch in Zukunft so bleiben wird. Im Gegenteil: Seit über einem Jahrzehnt wird unsere wirtschaftliche Spitzenstellung in wachsendem Maß durch zwei Entwicklungen bedroht:

Zum einen bieten sogenannte Schwellenländer der Dritten Welt vor allem in Ostasien zunehmend Industrieprodukte zu Preisen an, gegen die europäische Firmen immer weniger konkurrieren können. Besonders betroffen sind davon die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Leder- und Schuhindustrie, aber auch die Stahlindustrie und der Schiffbau. Die CDU sagt ja zur internationalen Arbeitsteilung, weil die Entwicklungsländer nur so ihre Volkswirtschaften

Hauptkonkurrenzen USA und Japan

Europas Chance

Es geht wieder aufwärts

Wirtschaft kommt in Schwung

weiterentwickeln und ihren Bürgern ein menschenwürdiges Leben ermöglichen können. Gerade wir Christliche Demokraten bekennen uns zur Verantwortung gegenüber den Menschen der Dritten Welt.

Zum anderen wird unsere wirtschaftliche Spitzenstellung herausgefordert durch technische Spitzenprodukte unserer Hauptkonkurrenten USA und Japan. Europa gerät nämlich in wichtigen Industriezweigen ins Hintertreffen, die für die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze von entscheidender Bedeutung sind. Unsere Schwäche etwa in der modernen Informationstechnologie ist unverkennbar: Der größte europäische Hersteller von integrierten Schaltkreisen beispielsweise liegt weltweit auf Platz 11 hinter acht amerikanischen und zwei japanischen Unternehmen.

Europa hat nur dann eine Chance, den bestehenden Wohlstand zu erhalten und die bestehenden Lebensverhältnisse zu verbessern, wenn es auch in Zukunft technische Spitzenprodukte herstellt. Von dieser Frage hängt es entscheidend ab, ob wir die Arbeitslosigkeit beseitigen und neue dauerhafte Arbeitsplätze schaffen können. Denn fast jeder dritte Arbeitsplatz ist bei uns vom Export abhängig. Zum Vergleich: in Japan nur jeder fünfte und in den Vereinigten Staaten nur jeder zehnte Arbeitsplatz.

Deshalb sagen wir ja zum technologischen Fortschritt. Europa muß sich wieder auf seine eigenen Kräfte besinnen. Wir haben gut ausgebildete Arbeitnehmer, qualifizierte Wissenschaftler, eine leistungsfähige Industrie und weltweit anerkannte Forschungseinrichtungen. Es gibt keinen Zweifel: Die Europäer werden die Herausforderung meistern, wenn sie gemeinsam und entschlossen handeln. Dort wo wir heute schon europäisch zusammenarbeiten, haben wir bewiesen, daß wir solche Spitzenprodukte herstellen können:

— Die Europa-Rakete Ariane transportiert Satelliten in den Welt Raum: das können sonst nur noch die Amerikaner und die Sowjets.

— Der europäische Airbus wird inzwischen weltweit auch gegen schärfste Konkurrenz verkauft.

Unsere Wirtschaftspolitik ist erfolgreich. Wir haben gezeigt, wie man die Wirtschaft wieder in Schwung bringt und die Arbeitslosigkeit verringert. Die Zahlen beweisen: Handel und Industrie kommen wieder in Schwung. Die Wirtschaftsexperten sagen uns für 1984 ein Wachstum von drei Prozent voraus. Die Preise werden stabiler, Unternehmergeist röhrt sich wieder: Eine Existenzgründungswelle hat eingesetzt: 1983 förderte allein die bundeseigene Lastenausgleichsbank

**SPD für
35-Stunden-
Woche**

**Die Erblast
der SPD**

**Vorruhestand
hilft Arbeitslo-
sen**

16 500 Gründungsvorhaben. Zum Vergleich: 1982 hatten wir 15⁸⁷⁶ Pleiten. Die Arbeitslosigkeit sinkt langsam. Zum Vergleich: Von 1969 bis 1982 hatte sie sich verzehnfacht.

Was ist dagegen die Antwort der SPD? Gemeinsam mit einigen Gewerkschaften fordert sie die 35-Stunden-Woche. Die Sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft haben diese Forderung auch in ihr Europawahlprogramm hineingeschrieben. Der Vorsitzende des europäischen Bundes der Sozialistischen Parteien, der Holländer den Uyl, hat als Ziel für das Ende dieses Jahrhunderts gar die 25-Stunden-Woche in allen europäischen Staaten bezeichnet. Die Sozialdemokraten steigen damit aus der Wirklichkeit aus.

Die Sozialisten haben gezeigt, daß sie aus großem Schaden nicht kling geworden sind. Erst haben sie unser Land durch falsche Rezepte in Krise und Stillstand geführt: durch immer mehr und immer tiefere staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, durch eine unverantwortlich hohe Staatsverschuldung und durch die blinde Ablehnung moderner technologischer Entwicklungen vom Kabelfernsehen bis zur Bioforschung. Unter der SPD wuchs die Staatsverschuldung dermaßen, daß nicht einmal der gesamte Bundeshaushalt 1984 ausreichen würde, diese Schulden wieder zu tilgen. Selbst wenn man ein Jahr lang keine Mark für die Arbeitslosenversicherung und die Bundeswehr, für Autobahnen und die wissenschaftliche Forschung ausgäbe, wenn alle öffentlichen Dienstleistungen des Bundes ein Jahr lang eingestellt würden, könnten wir immer noch nicht alle Schulden der SPD-Bundesregierung zurückzahlen.

Wie man mit weniger Arbeit bei vollem Lohnausgleich mehr Arbeitsplätze schaffen will, dieses Rechenbeispiel müssen uns die Sozialdemokraten einmal vormachen. Das glauben ihnen nicht einmal die eigenen Mitglieder. Die Japaner arbeiten 2 400 Stunden im Jahr und haben eine Arbeitslosenquote von 1,5 Prozent. Die Schweizer arbeiten 2 200 Stunden im Jahr und haben eine Arbeitslosenquote von 0,8 Prozent; und wir arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland im Schnitt nur 1 700 Stunden pro Jahr und haben neben Belgien eine der höchsten Arbeitslosenquoten aller Industrieländer. Während bei uns unter sozialdemokratischer Regierung die Produktivität und Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft zurückging und sich die Arbeitslosigkeit verzehnfachte, wurden in den USA im gleichen Zeitraum etwa 20 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen.

Noch in diesem Jahr könnten durch die Vorruhestandsregelung, die die Regierung Helmut Kohl jetzt beschlossen hat, etwa 270 000 Arbeitslose wieder beschäftigt werden. Diese Regelung ist menschlich, weil sie den Bedürfnissen der Arbeitnehmer entspricht und weil sie

flexibel ist. Sie schafft Arbeitsplätze, ohne den wirtschaftlichen Erholungsprozeß zu unterbrechen. Wir halten es für besser, einem 58jährigen, der freiwillig ausscheiden will, eine Übergangsrente zu finanzieren, als einem 30jährigen Arbeitslosengeld zu zahlen. **Wir brauchen mehr Wachstum, steigende Produktivität, und deshalb brauchen wir mehr Zusammenarbeit auch in Europa.**

SPD hängt an falschen Rezepten

Jetzt, wo es der Bundesregierung Helmut Kohl gelingt, unter spürbaren Opfern für alle Bürger die Fehler der SPD zu beheben, fordert die SPD in ihrem Europaprogramm wieder genau die gleichen falschen Rezepte, die die Krise schon einmal herbeigeführt haben. Ein Blick in den Forderungskatalog des europäischen Wahlmanifests der Sozialisten zeigt, daß die SPD nichts dazugelernt hat. So fordert sie dort mehr Geld für die soziale Sicherheit, für öffentliche Investitionen, für Entwicklungshilfe, für Forschungsprogramme, für den Regionalfonds, für die Arbeitsmarktpolitik, für den Sozialfonds, für die Umweltpolitik, für die Weltbank und für zahlreiche weitere Aufgaben. Wer solch ein Programm vorhat, treibt unser Land und die ganze Europäische Gemeinschaft in die Pleite. Jede Stimme für die SPD ist eine Stimme für die nächste Wirtschaftskrise. Die Sozialdemokraten wollen den Aufschwung jetzt mies machen, nachdem sie ihn jahrelang versprochen, aber nicht geschafft haben. Und vielleicht meinen sie, was der Gewerkschaftsführer und SPD-Parteifreund Steinkühler sagte: Bei der Auseinandersetzung gehe es nicht nur um die Arbeitszeit. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche sei nämlich „weit mehr“ als eine ökonomische Auseinandersetzung. Und wörtlich: „Dabei geht es um die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse.“ (FAZ, 14. Juni 1983)

Wir wollen Freizügigkeit und offene Grenzen

Skandalöse Grenzbürokratie

Wir brauchen auch offene Grenzen in Europa. Zwar wurden die Zölle zwischen den EG-Staaten abgebaut. Aber Unterschiede in den Steuern, in veterinär- und lebensmittelrechtlichen Bestimmungen, in technischen Normen für Industrieprodukte führen dazu, daß es immer noch Grenzkontrollen gibt. Diese Kontrollen behindern nicht nur den freien Reiseverkehr, sie kosten die europäische Wirtschaft nach Berechnungen der Brüsseler EG-Kommission jährlich etwa 30 Milliarden Mark. Das sind 30 Milliarden zuviel. Der Fernfahrerstreik am Brenner gegen die bürokratischen Hemmnisse und die schleppende Grenzabfertigung hat auf den gesamteuropäischen Skandal aufmerksam gemacht, daß man heute weniger Zeit braucht, um von Deutschland nach New York zu fliegen, als einen Lkw mit Tomaten

durch die Grenzkontrollen am Brennerpaß zu bringen. Diese unsinnigen Grenzkontrollen müssen endlich weg.

Weg mit den überflüssigen Kontrollen

Wir wollen offene Grenzen und den Abbau aller Verkehrsbehinderungen in Europa. Dazu gehört auch, daß wir endlich einheitliche Verkehrsregeln und einen europäischen Führerschein bekommen und daß die Autobahngebühren in allen EG-Staaten abgeschafft werden. Wir wollen solche mittelalterlichen Wegezölle nicht — nicht bei uns, aber auch nicht in Europa. **Wir wollen, daß auch mit den überflüssigen Personenkontrollen an den Binnengrenzen der Gemeinschaft endlich Schluß gemacht wird.** Die Regierung Helmut Kohl hat auch hier die Initiative ergriffen. Sie verhandelt über den Abbau der Personenkontrollen nach dem sogenannten Benelux-Modell an den Grenzen zu Belgien, den Niederlanden und Luxemburg.

Umweltschutz – eine europäische Aufgabe

Neben der Sicherung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist der Schutz unserer Umwelt eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Nationale Maßnahmen reichen allein nicht aus.

Bundesregierung handelt

Nachdem die SPD-geführten Bundesregierungen jahrelang über Umweltschutz in Deutschland nur geredet haben, hat die Regierung Helmut Kohl sofort gehandelt. Durch die Verschärfung der Luftreinhaltungsbestimmungen, zum Beispiel der Technischen Anleitung Luft und der Großfeuerungsanlagen-Verordnung, wird der Ausstoß von Schwefeldioxyd um jährlich eine Million Tonnen verringert. Ab 1986 wird bei uns bleifreies Benzin eingeführt. Dadurch werden die Schadstoffe in den Autoabgasen um 90 Prozent verringert.

Vorreiter in Europa

Aber Wind, Regen und Wasser machen nicht an Grenzen halt. Wir sind von hochindustrialisierten Nachbarn umgeben. Ihre Umweltsünden treffen auch uns. 95 000 Tonnen Schwefel kommen jährlich aus Belgien und Luxemburg, 167 000 Tonnen aus Frankreich, 94 000 Tonnen aus Großbritannien und Irland. So darf das nicht weitergehen. **Wir brauchen europäischen, grenzübergreifenden Umweltschutz,** weil wir sonst unseren Kindern eine Welt hinterlassen, in der man nicht mehr leben kann. Im Umweltschutz sind wir heute führend in Europa. Es ist im Interesse aller Europäer, wenn unsere Umweltbestimmungen auf europäischer Ebene eingeführt werden. Nur so erhalten die Niederländer und wir wieder einen sauberen Rhein, die Engländer und die Deutschen wieder eine saubere Nordsee, die Italiener und die Franzosen wieder ein sauberes Mittelmeer. Nur so können unsere Wälder überleben.

Am 17. Juni geht es um Deutschlands Zukunft in Europa

Wir wollen die Politische Union Europas, die Vereinigten Staaten von Europa, weil darin für uns Christliche Demokraten der Weg für eine Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit liegt. Es geht bei dieser Europawahl um die alte Frage: Wo gehört Deutschland hin? Soll Deutschland den Weg gehen, den die Sozialdemokraten schon in den fünfziger Jahren gehen wollten und den sie heute wieder vorschlagen, nämlich in den nationalistischen Neutralismus? Unsere Antwort war damals wie heute: Deutschland gehört an die Seite der freien westlichen Demokratien. Ein nationalistischer, nationalistischer Weg bringt uns der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit nicht näher. Er gefährdet die erreichte Versöhnung mit unseren Nachbarländern in der EG, schafft Mißtrauen in die Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland und isoliert uns von unserem Verbündeten, den USA.

Der Wahltag ist der Tag der Deutschen Einheit. Er erinnert uns daran: Die Spaltung Deutschlands teilt auch Europa. Europa hört nicht an der Elbe auf. Dresden, Rostock, Prag und Warschau sind genauso europäische Städte wie Hamburg, Rom oder London. Und ein einiges, freies und demokratisches Westeuropa ist für die Menschen jenseits von Mauer, Stacheldraht und Selbstschußanlagen ein Signal der Freiheit und der Hoffnung, daß auch für sie eines Tages Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung wieder Wirklichkeit werden. Die Einheit Deutschlands erreichen wir nur durch die Einheit Europas. Deshalb liegt die Einigung Europas auch in unserem nationalen Interesse.

Im Wahlmanifest der Europäischen Sozialistischen Parteien wird eine „autonome Sicherheitspolitik Europas hinsichtlich der Vereinigten Staaten“ gefordert. Es ist eine Illusion zu glauben, Europa könne seine Sicherheit auf Dauer ohne den Schutz der USA gewährleisten. Im Kern läuft die Forderung der Sozialdemokraten auf eine Abkopplung von den USA und damit eine Auflösung der NATO hinaus. Sie wird von führenden Sozialdemokraten, zum Beispiel Oskar Lafontaine und Erhard Eppler, seit einiger Zeit verlangt. Sie folgen damit Brandts Aufforderung, eine Mehrheit links von der CDU zu bilden, also mit den Grünen, Alternativen und mit der sogenannten Friedensbewegung. Am 12. März 1984 war im Kölner Stadt-Anzeiger zu lesen: Die SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl, Katharina Focke, hat auf die Frage, welche italienische Partei ihr am

Europas
Einheit –
Deutschlands
Einheit

SPD auf dem
Irrweg

nächsten stehe, ohne Zögern geantwortet: „Die Kommunisten, vor allem wegen ihrer Friedenspolitik.“

Europa steht vor neuen Aufgaben, die wir nur gemeinsam lösen können. Bundeskanzler Helmut Kohl hat vor kurzem auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei in Rom (4. April 1984) erklärt:

„Wir Christliche Demokraten sind nach einem Krieg, der Millionen Menschen in den Tod und in Verzweiflung getrieben hat, entschlossen und beharrlich den Weg der Versöhnung gegangen und haben das neue Europa gebaut. Wir haben die Herausforderung unserer Generation begriffen. Damit leugnen wir nicht die Alltagsprobleme, die uns immer wieder einholen. Aber: Wir haben eine Perspektive, ein Ziel, das wir ansteuern. es gibt keine vernünftige Alternative zu Europa!“

Deshalb sagen wir: Jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für Europa. Jede Stimme für die CDU am 17. Juni stärkt auch die Regierung Helmut Kohl und ihre Politik für Deutschland und Europa.

CDU – Aufwärts mit Deutschland – Mit uns für Europa